

aber nach wie vor voraus, die Wachsamkeit gegen alle feindlichen Anschläge und Verbrechen zu erhöhen und sie entschieden zurückzuweisen. Walter Ulbricht sagte im Zusammenhang mit der Behandlung der Einheit von gesellschaftlichem Fortschritt und Kampf gegen die alten Lebens- und Denkgewohnheiten, den Egoismus, die gesellschaftliche Blindheit, die Sucht, auf Kosten der Gesellschaft zu leben:

„Die Erfahrungen zeigen uns, daß gerade diese Entwicklung ein sehr schwieriger Prozeß ist, der sich unter der ständigen Überwindung der alten Denk- und Lebensgewohnheiten vollzieht, die auch durch die Tätigkeit der Feinde unserer Entwicklung ständig genährt werden.

Die Situation wird kompliziert durch die Auswirkung der Verfallungserscheinungen des Kapitalismus aus Westdeutschland und Westberlin.

Obendrein bemühen sich die militaristischen Kräfte, durch Sabotage- und Diversionstätigkeit den sozialistischen Aufbau und die staatliche Ordnung der Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stören.

Heute, wo die Feinde des Friedens die Fundamente unserer Staatsmacht und damit der sozialistischen Entwicklung zu unterwühlen trachten, wo die Kriegstreiber, die NATO-Strategen, die in Westdeutschland wieder herrschen, versuchen, Verbrechen gegen unsere Republik zu organisieren, dürfen wir nicht aufhören, wachsam zu sein. Wachsamkeit und Härte gegenüber den Feinden unserer Entwicklung tragen entscheidend zur Sicherung und Festigung des sozialistischen Aufbaus bei. Es gibt kein Zurück zur alten, kapitalistischen Gesellschaftsordnung.“<sup>2</sup>

Es ist ein Gesetz der Revolution, daß sie, soll sie siegen und den sozialen Fortschritt sichern, die Konterrevolution unterdrücken, alle ihre verbrecherischen Anschläge im Keim ersticken muß. In der Moskauer Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 wird deshalb „der Schutz der Errungenschaften des Sozialismus gegen die Anschläge der äußeren und inneren Feinde“ als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit jeder sozialistischen Revolution bezeichnet<sup>3 4</sup>.

Unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen hat ein erheblicher Teil der Bourgeoisie den Weg zum Sozialismus gefunden. Mit Unterstützung des sozialistischen Staates wurde und wird sie in den sozialistischen Umwälzungsprozeß einbezogen. Kapitalistische Unternehmer arbeiten mit staatlicher Beteiligung und unterstützen den sozialistischen Aufbau, und die Großbauern wurden Mitglieder der LPG. Sie alle haben in der sozialistischen Ordnung ihre klare Perspektive erhalten. Damit sind auch die konterrevolutionären Anschläge in der DDR keine notwendige gesellschaftliche Erscheinung mehr. Lediglich ein verschwindend kleiner Teil von Unbelehrbaren begeht Verbrechen gegen unsere Republik, wozu er von den imperialistischen Agenturen außerhalb unserer Republik und in Westberlin ermuntert wird. Die Angriffe auf die Arbeiter-und-Bauern-Macht und den Frieden werden bereits gegenwärtig im wesentlichen von außen organisiert und inspiriert. Westdeutschland und Westberlin sind die Basen, von denen aus derartige Verbrechen begangen werden.

2 a. a. O., S. 113.

3 Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder, Berlin 1957, S. 13.

Der gegen diese Verbrechen angewandte und notwendige Strafwang trägt humanen Charakter. Je entschlossener die sozialistische Staatsmacht auftritt, desto unbegründeter und aussichtsloser sind die Hoffnungen und Vorbereitungen der Reaktionsäre, desto weniger bedarf es der Anwendung von Gewalt zu ihrer Unterdrückung. Im Lehrbuch „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ heißt es dazu:

„Es ist falsch zu glauben, die Diktatur des Proletariats und die Anwendung von Gewalt gegenüber Gewalttätern widersprächen dem Humanismus. Die Sache liegt genau umgekehrt. Je entschlossener die neue Macht ist, desto unbegründeter sind die Hoffnungen der Reaktionsäre auf Restauration, desto weniger bedarf es der Gewalt. Und umgekehrt, je schwächer und unentschlössener die Arbeiter-und-Bauern-Macht ist, desto wütender sind die konterrevolutionären Versuche seitens der Bourgeoisie, desto schwerer sind die Folgen des Klassenkampfes. Wenn das Häuflein konterrevolutionärer Verschwörer rechtzeitig unterdrückt wird, braucht später weniger Blut vergossen zu werden.“

Die Ereignisse in der Volksrepublik Ungarn im Jahre 1956 sind ein überzeugendes Beispiel für diese Feststellung. Der kapitalistische Propagandaapparat bemüht sich, die Sache so darzustellen, als sei die Anwendung des Zwanges mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung notwendig verbunden, als wurzeln in ihr Repressalien und andere direkte Einschränkungen der demokratischen Rechte. Aber diese äußersten Maßnahmen werden nur als Antwort auf die Verbrechen der konterrevolutionären Kräfte angewendet. Wenn derartige Verbrechen begangen werden, stoßen sie auf die entschlossenen Aktionen unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Diese Verbrecher sind selbst die Opfer des Klassenkampfes, den sie gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht führen. Der tiefe Humanismus, der unser Strafrecht charakterisiert, ist auf das engste mit der historischen Gerechtigkeit unseres Kampfes verbunden. In der Staatsratserklärung vom 4. Oktober 1960 wurde vom Vorsitzenden des Staatsrates unsere Auffassung über Gerechtigkeit dargelegt. Er führte u. a. aus:

„Wir verstehen unter Gerechtigkeit, daß die friedlichen Bestrebungen des Volkes geschützt und alle Anschläge der Militaristen, alle Versuche, die Menschen für ihre aggressiven Ziele zu mißbrauchen, rücksichtslos unterbunden werden ... Wir verstehen unter Gerechtigkeit, daß wir solche Menschen geduldig überzeugen und erziehen, die noch nicht in vollem Umfang ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft erkannt haben; daß aber jene hart bestraft werden, die das Leben unseres Volkes, den Bestand unserer Nation bedrohen.“«

Im Beschluß des Staatsrates über die weitere Entwicklung der Rechtspflege heißt es folgerichtig in Fortführung der richtungweisenden Hinweise des 33. Plenums und des V. Parteitags der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands:

„Im Kampf gegen die Kriminalität wendet der Staat gegenüber Feinden der Arbeiter-und-Bauern-Macht und solchen Personen, die schwere Verbrechen im Auftrag oder unter dem Einfluß imperialistischer Agenturen begehen, die Gesetze mit aller Härte an, die zum Schutze der sozialistischen Gesellschaft notwendig sind.“

4 Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960, Berlin 1960, S. 42.